

Antrag 57/II/2022**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Bildung für dich, für uns, für alle!**

1 In Berlin haben sich ca. 70.000 Geflüchtete alleine aus der
 2 Ukraine registriert, ca. 30.000 haben bisher eine Aufent-
 3 haltsgenehmigung erhalten, tausende sind noch in Be-
 4 arbeitung, während immer noch 300 Menschen täglich
 5 in Berlin ankommen. Dabei wird geschätzt, dass ca. die
 6 Hälfte der Geflüchteten Kinder und Jugendliche sind. Kin-
 7 der und Jugendliche, die beschult und betreut werden
 8 müssen, damit eine inklusives Miteinander schnell ge-
 9 lingen kann. Doch unser bereits zuvor stark überlastetes
 10 Bildungssystem ist hierfür nicht vorbereitet. Manche Be-
 11 zirksstadträte erwägen bereits, den Katastrophenschutz
 12 zu alarmieren, damit die Kinder und Jugendliche nach den
 13 Ferien in Zelten betreut und beschult werden können. Für
 14 uns ist das nicht hinnehmbar, denn alle Kinder und Ju-
 15 gendliche haben ein Recht auf gute Bildung. Denn nur so
 16 kann der Start in ein gutes, neues Leben gelingen! Hierfür
 17 sind eine Reihe von kurzfristigen Maßnahmen nötig.

18

1. Bauen, mieten, enteignen!

20 Es fehlen zur Zeit konkret an tausenden Schulplätze.
 21 Selbst ohne die ankommenden Geflüchteten aus allen
 22 Ländern, können wir den Bedarf kaum bis gar nicht de-
 23 cken. Durch die jetzige Situation ist also der beschleunig-
 24 te und langfristige Schulbau zu priorisieren. Doch selbst
 25 dann braucht es Zeit, bis der jetzige Schulbestand erwei-
 26 tert bzw. vergrößert werden kann. Alleine für die Bau-
 27 planung ist meist zwei Jahre einzuplanen. Eine kurzfristi-
 28 ge Alternative besteht in sogenannten modularen Ergän-
 29 zungsbauten. Das Problem hierbei ist, dass es zur Zeit kei-
 30 ne gibt. Aber auch hier gilt, selbst wenn es welche käuflich
 31 zu erwerben gäbe, bräuchte es zwei Jahre, um diese fach-
 32 gerecht zu montieren. Zeit die wir nicht haben. So bleibt
 33 nur eine kurzfristige Möglichkeit: Büro-, Vereins-, und re-
 34 ligiöse Gebäudeflächen anmieten. Nur hierdurch können
 35 schnell neue Schulräume geschaffen werden.

36

37 Deshalb fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordne-
 38 tenhauses und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend
 39 und Familie auf, umgehend Gelder für die Bezirke frei-
 40 zugeben, um Büroflächen, Vereinsräume und - bei Siche-
 41 rung säkularer Nutzung - Flächen anerkannter Glaubens-
 42 gemeinschaften deutlich über dem eigenen Schulbedarf
 43 anzumieten. Die Zuordnung zu einer Regelschule sowie
 44 Verzahnung mit dem Unterricht der Regelklassen muss
 45 auch bei dieser Lösung erhalten bleiben.

46

47 Des weiteren fordern wir eben diese auf, dass auch das In-
 48 strument der Enteignung für eben diese Flächen geprüft

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Kein Konsens)****Antrag 57/II/2022 Gute Bildung für dich, für uns, für alle hier Lebenden und Ankommenden!**

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und die SPD-Fraktion werden aufgefordert, sich im Sinne eines besseren Ankommens von geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie des Lehrpersonals für folgende Maßnahmen einzusetzen:

1. Ausbau der Schulplatz- und Unterrichtskapazitäten für geflüchtete Kinder und Jugendliche

Unsere Priorität bei der Beschulung von neu ankommenden Kindern und Jugendlichen bleibt die Beschulung in Regelklassen bei Jüngeren bzw. in Sprachlernklassen/Willkommensklassen bei älteren Kindern und Jugendlichen. Diese Priorität gerät jedoch aktuell aufgrund der eher knappen Schulplatzsituation unter Druck .

Eine gesamtstädtische Strategie für Hilfen für in Not geratene Bezirke ist zu etablieren. Insbesondere müssen die durch die Geflüchteten entstehenden Schulplatzbedarfe zunächst einmal durch die betroffenen Senatsfachverwaltungen anerkannt werden. Sodann müssen schnell und unbürokratisch die erforderlichen finanziellen Mittel für temporäre Schulbauten zur Verfügung gestellt werden. Zur Deckung kurzfristiger Bedarfe, soll es den Bezirken ermöglicht werden, diese sowohl über die Anmietung als auch über den Kauf von modularen Ergänzungsbauten sowie notfalls Schulcontainern zu decken. Es soll geprüft werden, wie hinsichtlich der Errichtung temporärer Schulbauten (Pavillonprojekt, DFK) bereits anlaufende Formate überbezirklicher Dienstleistung bzw. Unterstützung ausgebaut werden können. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats sollen sich dafür einsetzen, dass diesem Vorhaben die erforderliche Unterstützung hinsichtlich zusätzlicher Stellen, unbürokratischer Verwaltungsabläufe sowie ggf. erforderlicher gesetzgeberischer Akte gewährt wird bis hin zur Erstellung von Rahmenverträgen.

Sollte auch durch die intensivere Förderung der bestehenden Strukturen, der Mangel an den bestehenden modularen Ergänzungsbauten oder Schulcontainer nicht behoben werden können, sollte geprüft werden, ob diese notfalls durch staatliche Unternehmen selbst produziert werden können.

49 wird. Da eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit
50 zulässig ist, halten wir diesen Schritt in diesem Fall für
51 notwendig und nötig.

52

53 Als drittes fordern wir eben diese auf, ein Grundbedarf an
54 modularen Ergänzungsbauten anzukaufen. Die derzeitige
55 Situation zeigt uns, dass es angeraten ist besser mehr als
56 zu wenig modulare Ergänzungsbauten zu besitzen. Not-
57 falls sollten diese durch (ggf. neu zu gründende) staatliche
58 Unternehmen selbst produziert werden.

59

60 **2. Unterricht nur mit geeigneten Materialien**

61 Die besten Räume helfen jedoch nur wenig, wenn es an
62 geeigneten schulischen Materialien scheitert. Gerade hier
63 gibt es noch Nachholbedarf. Denn mit Heften und Co. al-
64 leine ist es nicht getan. Schüler*innen müssen auch in
65 ihren Herkunftssprachen gefördert werden. Deshalb soll
66 ausreichend Schulmaterial für alle Fächer in anderen Spra-
67 chen bedarfsgerecht angekauft werden. Zudem ist auch
68 bei pädagogischen Spielen sowie Büchern darauf zu ach-
69 ten. Daneben sollten auch alle Informationen an die Eltern
70 Übersetzungen in diesen Sprachen beinhalten.

71

72 Deshalb fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordne-
73 tenhauses und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend
74 und Familie auf, geeignete Materialien für den schuli-
75 schen und pädagogischen Kontext bedarfsgerecht zu be-
76 schaffen.

77

78 **3. Digitale Angebote aus der Ukraine sicherstellen**

79 In den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, dass gera-
80 de aus der Ukraine ein digitales schulisches Angebot auf-
81 recht erhalten wurde. So fanden entweder einzelne Un-
82 terrichtsstunde digital von der Ukraine aus statt oder es
83 wurden Lerninhalte durch das ukrainische Fernsehen wei-
84 tergegeben. Beides sorgte dafür, dass viele Kinder und Ju-
85 gendlichen zu Hause blieben, um den Anschluss zu ihrer
86 Schule in der Heimat nicht zu verlieren. Allerdings bedeu-
87 tete dies auch, dass viele Eltern die Betreuung ihre Kin-
88 der gewährleisten mussten. Hierdurch konnten weder die
89 Kinder noch die Eltern am inklusiven Miteinander in unse-
90 ren Schulen teilnehmen.

91 Dies ist ein Zustand, den wir nicht dauerhaft hinnehmen
92 dürfen.

93 Somit fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordneten-
94 hauses und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und
95 Familie auf, dass digitale ukrainische (oder weitere) An-
96 gebote in den schulischen Unterricht integriert werden.
97 Die Kinder und Jugendlichen, sollten sich nicht entschei-
98 den müssen an welchem Unterricht sie teilnehmen wol-
99 len, sondern beides in einem bekommen dürfen. Die tech-
100 nischen Rahmenbedingungen sollten hierfür geschaffen
101 werden und entsprechende Mittel sind freizugeben.

Sind weitere Kapazitäten über die Flächen der Regelschu-
len hinaus notwendig, sollen Mittel schnellstmöglich frei-
gegeben werden, um bezirkseigener Bildungseinrichtun-
gen zu nutzen. Gute Erfahrungen aus Bezirken wie Mit-
te mit Anbindung an Musik-, VHS-, sowie Jugendeinrich-
tungen sind dabei bildungsfernen Einrichtungen vorzu-
ziehen.

Hinzu sollen zweckgebundene Gelder für die Bezirke frei-
gegeben werden, um im äußersten Falle und in besonde-
ren Notsituation auch Büroflächen, Vereinsräume und
- bei Sicherung sakularer Nutzung - Flächen anerkannter
Glaubensgemeinschaften deutlich über dem eigenen
Schulbedarf anzumieten. Die Zuordnung zu einer Regel-
schule sowie die Verzahnung mit dem Unterricht der Re-
gelklassen muss auch bei dieser Lösung erhalten bleiben,
wenn sie auch am schwersten zu bewerkstelligen ist.

DaZ-/DaF-Lehrkräfte sollen weiterhin den Unterricht in
besonderer Weise unterstützen und bleiben die Professi-
on der Wahl bei der Eingliederung.

2. Bereitstellung von herkunftssprachlichen analogen und digitalen Ressourcen für den Unterricht

Die kürzlich etablierten Begegnungsklassen in
Friedrichshain-Kreuzberg sowie die dualen Angebote
in Mitte sind ein Vorbild für behutsames Ankommen
der geflüchteten Kinder und Jugendlichen. In beiden
Fällen werden Lehrkräfte aus den Herkunftsländern und
Berliner Pädagog*innen gemeinsam eingesetzt, um eine
bestmögliche Begleitung der Jugendlichen sicherzustel-
len. Diese gilt es schrittweise auch in anderen Bezirken
auszubauen und den Austausch der Bezirke zu stärken.
Dafür sind personelle Ressourcen bereitzustellen, die die
Bereitstellung der Materialien in am stärksten vertrete-
nen Herkunftssprachen unter den Ankommenden Schritt
für Schritt ausbauen. Daneben sollen alle Informationen
an die Eltern auch Übersetzungen in der Herkunftsspra-
che beinhalten.

Aber nicht nur analoge, sondern auch digitale Angebote
der Herkunftsländer gilt es zu stärken und mit den An-
geboten des Landes Berlin zu verzahnen und in den Un-
terricht einzubinden. Die technischen Rahmenbedingun-
gen sollten hierfür geschaffen werden und entsprechende
Mittel sind freizugeben.

3. Eingliederung der Lehrkräfte aus dem EU- und Nicht-EU-Ausland erleichtern

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden
aufgefordert, sich innerhalb der KMK dafür einzusetzen,
dass alle Voraussetzungen zur Anerkennung eines Studi-
ums mit Lehramtsbezug oder eines Lehrkräfteabschlusses

102

103 **4. Anwerbung, Anerkennung und Vereinfachung**104 Was hilft es, wenn die Räumlichkeiten und die Materialien
105 da sind, doch die Lehrkraft fehlt?106 Zur Zeit fehlen gut 900 Lehrkräfte in Berlin. Zwar gibt es
107 eine Reihe an langfristigen Möglichkeiten, wie wir diese
108 Lücke schließen können. Doch brauchen wir angesichts
109 der derzeitigen Situation kurzfristige Lösungen. Diese be-
110 stehen aus drei Ansatzpunkten.

111

112 Zum einen müssen an allen Berliner Hochschulen Kam-
113 pagnen gestartet werden, sich in Teilzeit an einer Schule
114 zu bewerben. Dabei ist sekundär, ob die Studierenden in
115 einem Lehramtsbezogenen Bachelor oder Master studie-
116 ren oder nicht. Wichtig sind zwei Dinge: Erstens, kann das
117 Studienfach auf ein Unterrichtsfach angewendet werden
118 und sind Fremdsprachenkenntnisse in den Sprachen eng-
119 lisch, ukrainisch, paschto, dari oder syrisch vorhanden. Na-
120 türlich sollten die Studierenden nicht die vollen Aufgaben
121 einer Lehrkraft mit übernehmen, vielmehr ist es wichtig
122 diese in die Ganztagsbetreuung einzubinden und ggf. mit
123 einer Lehrkraft den Unterricht zu betreuen.

124

125 Zum anderen sollten alle europäischen Lehramtsab-
126 schlüsse, im Bachelor, Master oder Staatsexamen, mit so-
127 fortiger Wirkung anerkannt werden. Zur Zeit müssen Per-
128 sonen, die im Ausland ein Studium oder ein Lehramtsab-
129 schluss besitzen, die Anerkennung beantragen. Dies al-
130 leine kostet 55€ bis 222€. Des Weiteren müssen deut-
131 sche Sprachkenntnis auf dem Niveau C2 nachgewiesen
132 werden. Zudem muss nachgewiesen werden, dass ein Ab-
133 schluss in zwei Fächern vorliegt. All' dies sind Hürden, die
134 einer Anerkennung im Wege stehen und somit verhin-
135 dern, dass eine weitere Lehrkraft unserem Schulsystem
136 weiterhelfen kann.

137

138 Als drittes gibt es noch die Lehrkräfte außerhalb der euro-
139 päischen Union, diese haben es nochmals deutlich schwe-
140 rer ihre Abschlüsse anzuerkennen. Von bundesweit rund
141 2500 Anträgen von zugewanderten Lehrkräften, die ihren
142 Studienabschluss im Nicht-EU- Ausland erworben haben,
143 werden pro Jahr nur etwa 500 anerkannt - also gerade
144 einmal 20 Prozent. Dabei gibt es in vielen Bundesländern
145 erfolgreiche Formate wie "InterTeach" oder "Lehrkräftep-
146 lus". In diesen wird sowohl von der starren C2-Regel, wie
147 auch der "Zwei-Schulfächer"- Politik abgewichen.

148

149 So fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordnetenhaus-
150 es und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Fa-
151 milie auf, eine Kampagne zu entwickeln, um Studierende
152 für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Ganz-
153 tag oder im Unterricht zu gewinnen. Es ist darauf zu ach-
154 ten, dass die Kampagnen in verschiedenen Sprachen ge-

innerhalb der EU reduziert bzw. gestrichen werden. Insbe-
sondere betrifft dies die sogenannte Zwei-Fach-Regelung,
die die Eingliederung und Anerkennung besonders er-
schwert.

**Das C2 Niveau soll auf ein C1 Niveau reduziert werden.
Sollte das C1 Niveau nicht nachgewiesen werden können,
sollten geförderte staatliche Angebote etabliert werden.**

Als gutes Vorbild innerhalb der KMK soll im ersten Schritt
die hohen Kosten des Anerkennungsverfahrens vom Land
Berlin übernommen werden. Alle nicht EU- Absolvent*in-
nen oder Lehrkräfte sollten zudem auch vor einem KMK
Beschluss ebenfalls keinerlei Gebühren zur Anerkennung
entrichten müssen. Zudem sind jegliche Verfahren auch
hier zu vereinfachen und etwaige padagogische Lücken
durch gezielte staatliche Fort- und Weiterbildungsange-
bote für Lehrkräfte aus dem nicht EU-Ausland zu schlie-
ßen.

Zudem fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordne-
tenhauses und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend
und Familie auf, eine landesweite, mehrsprachige Kampa-
gne zu entwickeln, um Studierende sehr guten Kenntnisse
der häufigsten Herkunftssprachen für die Betreuung von
neu angekommenen Kindern und Jugendlichen im Ganz-
tag oder im Unterricht zu gewinnen. Es ist darauf zu ach-
ten, dass die Kampagnen in verschiedenen Sprachen ge-
staltet werden.

Des weiteren fordern wir, dass in Berlin nach dem Vorbild
von "InterTeach" oder "Lehrkräftepus" Angebote finan-
ziert und geschaffen werden, die die Eingliederung der
ausländischen Lehrkräfte ermöglichen, bevor die KMK-
Reform erfolgt ist.

Begründung:

In Berlin haben sich ca. 70.000 Geflüchtete alleine aus der
Ukraine registriert, ca. 30.000 haben bisher eine Aufent-
haltsgenehmigung erhalten, tausende sind noch in Be-
arbeitung, während immer noch 300 Menschen täglich
in Berlin ankommen. Dabei wird geschätzt, dass ca. die
Hälfte der Geflüchteten Kinder und Jugendliche sind. Kin-
der und Jugendliche, die beschult und betreut werden
müssen, damit ein inklusives Miteinander schnell gelin-
gen kann. Doch unser bereits zuvor stark überlastetes
Bildungssystem ist hierfür nicht vorbereitet. Manche Be-
zirksstadträte erwägen bereits, den Katastrophenschutz
zu alarmieren, damit die Kinder und Jugendliche nach den
Ferien in Zelten betreut und beschult werden können. Für
uns ist das nicht hinnehmbar, denn alle Kinder und Ju-
gendliche haben ein Recht auf gute Bildung. Nur so kann

155 staltet werden.
 156
 157 Desweiteren fordern wir eben diese dazu auf sich inner-
 158 halb der Kultusministerkonferenz dafür einzusetzen, dass
 159 alle Voraussetzungen zur Anerkennung eines Studiums
 160 mit Lehramtsbezug oder eines Lehrkräfteabschlusses in-
 161 nerhalb der EU reduziert bzw. gestrichen wird. Der Antrag
 162 zur Anerkennung, wie auch der Nachweis von zwei Unter-
 163 richtsfächern sollte hierbei gestrichen werden. Das C2 Ni-
 164 veau soll auf ein C1 Niveau reduziert werden. Sollte das C1
 165 Niveau nicht nachgewiesen werden können, sollten geför-
 166 derte staatliche Angebote etabliert werden.
 167
 168 Als drittes fordern wir, dass nach dem Vorbild von “In-
 169 ter-teach” oder “Lehrkräfteplus” Angebote finanziert und
 170 geschaffen werden. Alle nicht EU- Absolvent*innen oder
 171 Lehrkräfte sollten zudem ebenfalls keinerlei Gebühren zur
 172 Anerkennung entrichten müssen. Jegliche Verfahren sind
 173 auch hier zu vereinfachen und etwaige pädagogische Lü-
 174 cken durch gezielte staatliche Fort- und Weiterbildungs-
 175 angebote für Lehrkräfte aus dem nicht EU-Ausland zu
 176 schließen.¹
 177
 178
 179
 180
 181
 182
 183
 184
 185
 186
 187
 188
 189
 190
 191
 192
 193
 194
 195
 196
 197
 198
 199
 200
 201
 202
 203
 204
 205

der Start in ein gutes, neues Leben gelingen! Hierfür sind eine Reihe von kurzfristigen Maßnahmen nötig. Es fehlen zur Zeit tausende Schulplätze und andere Ressourcen. Selbst ohne die ankommenden Geflüchteten aus allen Ländern, können wir den Bedarf kaum bis gar nicht decken. Durch die jetzige Situation ist also der beschleunigte und langfristige Schulbau zu priorisieren. Doch selbst dann braucht es Zeit, bis der jetzige Schulbestand erweitert bzw. vergrößert werden kann. Alleine für die Bauplanung sind meistens zwei Jahre einzuplanen. Eine kurzfristige Alternative besteht in sogenannten modularen Ergänzungsbauten. Das Problem hierbei ist, dass es zur Zeit zu wenige gibt. Aber auch hier gilt, selbst wenn es welche kauflich zu erwerben gabe, bräuchte es zwei Jahre, um diese fachgerecht zu montieren. Zeit die wir nicht haben.

In den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, dass gerade aus der Ukraine ein digitales schulisches Angebot aufrechterhalten wurde. So fanden entweder einzelne Unterrichtsstunden digital von der Ukraine aus statt oder es wurden Lerninhalte durch das ukrainische Fernsehen weitergegeben. Beides sorgte dafür, dass viele Kinder und Jugendliche zu Hause blieben, um den Anschluss zu ihrer Schule in der Heimat nicht zu verlieren. Allerdings bedeutete dies auch, dass viele Eltern die Betreuung ihrer Kinder gewährleisten mussten. Hierdurch konnten weder die Kinder noch die Eltern am inklusiven Miteinander in unseren Schulen teilnehmen.

Zurzeit müssen Personen, die im Ausland ein Studium oder einen Lehramtsabschluss besitzen, die Anerkennung beantragen. Dies alleine kostet 55€ bis 222€. Des Weiteren müssen deutsche Sprachkenntnisse auf dem Niveau C2 nachgewiesen werden. Zudem muss nachgewiesen werden, dass ein Abschluss in zwei Fächern vorliegt. All’ dies sind Hürden, die einer Anerkennung im Wege stehen und somit verhindern, dass eine weitere Lehrkraft unserem Schulsystem weiterhelfen kann.

Von bundesweit rund 2500 Anträgen von zugewanderten Lehrkräften, die ihren Studienabschluss im Nicht-EU- Ausland erworben haben, werden pro Jahr nur etwa 500 anerkannt – also gerade einmal 20 Prozent. Dabei gibt es in vielen Bundesländern erfolgreiche Formate wie “InterTeach” oder “Lehrkräfteplus”. In diesen wird sowohl von der starren C2-Regel, wie auch der “Zwei-Schulfächer“- Politik abgewichen.

Dies ist ein Zustand, den wir nicht dauerhaft hinnehmen dürfen.